



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
31. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.07.2016	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:18 Uhr	
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Henri Abler- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Klaus Lange- SPD	Vertretung für: Herrn Harald Quirder	
Gerhard Burmester- SPD	Vertretung für: Herrn Peter Reinhardt	
Dirk Freitag- CDU		
Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN		
Ursula Wind-Olßon- CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause	
Frank Zahn- SPD	bis 17:15 Uhr, TOP 4.2.1	
Dr. Michaela Blunk- FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Harald Klix- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Bruno Böhm	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Günter Büttner- CDU		
Werner Horstmann- Die PARTEI-PIRATEN		
Dr. Volker Koß- grün+alternativ+links (GAL)		
Klaus Hinrich Rohlf- CDU		
Thomas Wiese- SPD		
Lars Ulrich- BfL		
Verwaltung		
Wolf-Dieter Barteck-		FB 1 BC
Dr. Olga Dr. Koop-		FBC FB 3
Senator Ludger Hinsen-		Senator FB 3
Jan-Eric Luft-		PR EBL
Dirk Machinia-		EBL
Tino Martsch-		EBL
Manfred Rehberg-		Spartenleiter SRL und GF EZL GmbH
Heiko Sikorra-		PR SRL

Cornelia Tews-	EBL
Enno Thyen-	Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan-Dirk Verwey-	Direktor EBL
Erhard Wilcken-	Geschäftsführer WA EBL
Protokollführung	
Undine Wetter-	EBL
Gäste	
1 Bürgerin-	nur öffentl. Teil
Brigitte Ziebell- CDU	CDU, nur öffentl. Teil
Sonstige Personen	
Götz Gebert-	Seniorenbeirat
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Harald Quirder- SPD	fehlt entschuldigt
Ulrich Krause- CDU	fehlt entschuldigt
Peter Reinhardt- SPD	fehlt entschuldigt
Bruno Böhm- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt
Thomas Rathcke- FDP	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift der 30. Sitzung des Werkausschusses am 09.06.2016 - öffentlicher Teil
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.	Mitteilungen der Werkleitung
4.2.1.	Informationen über Anpassungen der Abfallwirtschaftssatzung
4.2.2.	Informationen zum Biomassewerk
5.	Vorlagen
5.1.	Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH sowie Änderung des Gesellschaftsvertrags und Einführung einer Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH Vorlage: VO/2016/03765
6.	Berichte
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschusmitgliedern
8.1.	SPD: Änderung der der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: VO/2016/03751
8.2.	Antrag Ausschusmitglied Silke Mählenhoff: Antrag zu TOP 8.1. VO/2016/03751 SPD: Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung - Antrag Straßenreinigungsgebühren und Straßenreinigungssatzung Transparenz über Einstufung und Änderungen von Eingruppierungen Vorlage: VO/2016/03860
9.	Verschiedenes
9.1.	Anfrage von Herrn Zahn - Neonröhren in der Brandenbaumer Landstraße
9.2.	AM Klaus Lange: EBL Müllfahrzeuge Vorlage: VO/2016/03965
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gleichfalls weist er auf die vor der Sitzung umverteilte Anlage zu TOP 4.1 hin - Zeitungsartikel über den Abfall aus dem AKW-Rückbau sowie die neue Anfrage von Herrn Lange zu den EBL-Müllfahrzeugen, welche unter TOP 9.2 behandelt werden soll.

Der Vorsitzende begrüßt die neuen Vertreter des Seniorenbeirates, anwesend heute Herr Götz Gebert sowie auch den nichtanwesenden Herrn Oswald Becker und heißt sie herzlich willkommen.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Herr Zahn beantragt im Auftrag der Fraktion SPD die Vertagung des TOP 8.1 bis zum Zeitpunkt der Entscheidung des OVG.

Frau Mählenhoff beantragt gleichfalls die Vertagung ihres Antrages unter TOP 8.2 bis zur Gerichtsentscheidung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung mit den Vertagungsanträgen zu TOP 8.1 und 8.2 und die Aufnahme des TOP 9.2 sowie unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der 30. Sitzung des Werkausschusses am 09.06.2016 - öffentlicher Teil

Der Ausschuss stellt die Niederschrift Nr. 30 vom 09.06.2016 (öffentlicher Teil) durch einstimmigen Beschluss fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Herr Senator Hinsen weist auf eine Bitte des Landesumweltministers bezüglich Rückbau von kerntechnischen Anlagen zur Verbändevereinigung hin. Hier gehe es lediglich um die Empfehlung zum Beitritt der Vereinigung bzw. um die Zustimmung des Städteverbandes zum Verfahren. Die Antwort der Hansestadt Lübeck ist Anfang Juli 2016 an das Ministerium herausgegangen.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Informationen über Anpassungen der Abfallwirtschaftssatzung

Herr Dr. Verwey informiert die Werkausschussmitglieder über die Arbeiten zur Anpassung der Abfallwirtschaftssatzung. Es werde untersucht, ob die Ziele, die die Bürgerschaft Ende 2014/Anfang 2015 gesetzt habe, mit den einzelnen Maßnahmen auch erreicht werden. Einzelne Punkte, die vorgeschlagen werden, führen wiederum zu einer Gremienbefassung im Ausschuss und in der Bürgerschaft. Die Satzung soll im Oktober 2016 im Entwurf dem Werkausschuss vorgestellt und in den Novembersitzungen der Gremien beschlossen werden. Das Inkrafttreten der Satzung sei für den 01.01.2017 vorgesehen. Heute werden die Punkte sowie die Auswirkungen auf die Gebühren vorgestellt und erläutert. Rückmeldungen des Ausschusses seien erwünscht, um rechtzeitig agieren zu können. Jede Änderung an der Satzung habe Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation. Die 3-jährige Kalkulationsperiode ende mit dem Jahr 2016.

Herr Dr. Verwey verweist auf das Potenzial einer Gebührenerhöhung mit dem Jahreswechsel zum 01.01.2017, wobei die Höhe noch unbekannt sei. Vorbereitet werde die Satzung von der Sparte Stadtreinigung. Er bittet Herrn Rehberg, die einzelnen Punkte vorzustellen.

Herr Rehberg erklärt, dass das Strategiepapier 25 Themenfelder umfasse, die genauestens untersucht wurden. Die Themen seien nicht einfach nur umzusetzen, sondern auch zu prüfen, ob die Oberziele eingehalten werden.

Herr Rehberg erläutert detailliert die einzelnen Punkte der Präsentation, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt werden. Er bittet ausdrücklich um Rückmeldungen dazu, um Änderungen/Ergänzungen zeitnah einarbeiten zu können.

Die Fragen der Herren Dr. Koß, Rohlf, Zahn, Horstmann, Ulrich, Burmester, Freitag, Büttner sowie Frau Dr. Blunk und Frau Mählenhoff beantwortet Herr Rehberg.

Zusammenfassend berichtet Herr Rehberg, dass auch vor dem Hintergrund der geplanten Leistungserweiterung voraussichtlich keine Gebührenerhöhung erforderlich sei. Er betont die Wichtigkeit, die Bürger in die geplanten Änderungen der Satzung einzubeziehen. Hier gebe es die Möglichkeit, über die Internetseite der EBL zu den einzelnen Punkten Kommentare abzugeben sowie auch Wünsche einzufügen. In den kommenden 6 Wochen werde entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um bis Ende August möglichst viele Rückmeldungen einzuholen. Somit könne in der Septembersitzung im Werkausschuss darüber berichtet werden. Die Sitzung im Oktober könne sodann für die abschließenden Diskussionen über die konkreten Satzungsänderungen genutzt werden, um den Zeitplan einzuhalten.

Frau Mählenhoff findet dies lobenswert, hält jedoch den Zeitplan aufgrund der Urlaubs- und Ferienzeiten für problematisch. Herr Senator Hinsin betont, dass diese Umfragen online angeboten werden und somit überall zugänglich seien. Die Pressearbeit finde über das Internet statt.

Herr Dr. Koß stellt die Frage, was besser sei, Gebührenerhöhungen oder mehr Service?

Herr Rehberg möchte herausfinden, ob diese Maßnahmen tatsächlich auch für den einzelnen Bürger interessant seien. Der teuerste Punkt sei der Wertstoffhof, und dieser sei schwer mit den Bürgern zu diskutieren.

zu 4.2.2 Informationen zum Biomassewerk

Herr Dr. Verwey gibt bekannt, dass das Biomassewerk eine Erweiterung der Kapazität beantragt habe. Dies sei eine freudige Botschaft, die eine Steigerung von 24.499 t auf 47.500 t pro Jahr bedeute und für die EBL wichtig sei.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH sowie Änderung des Gesellschaftsvertrags und Einführung einer Geschäftsweisung für die Geschäftsführung der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH Vorlage: VO/2016/03765

Herr Rohlf fragt, ob diese Vorlage rückwirkend beschlossen werde, weil in der Vorlage eine Gewinnausschüttung zum 01.07.2016 vorgesehen sei. Herr Barteck erklärt die Richtlinien des HGB. Somit falle nach dem Jahresabschluss die Entscheidung über die Ergebnisverwendung. Der Werkausschuss werde gemäß der Verfahrensrichtlinien beteiligt, um eine Empfehlung an die Gesellschafterversammlung abzugeben. Unmittelbar danach werde entschieden. Hierbei seien keine rückwirkenden Zahlungen mit rückwirkender Verzinsung vorgesehen.

Herr Büttner bemängelt, dass dieser Bericht zum wiederholten Male ohne Seitenzahlen gefertigt werde. Dies wird durch Herrn Dr. Verwey bestätigt und weitergegeben.

Frau Dr. Blunk fragt nach der Höhe der Wertgrenzen und bezieht sich auf den Wortlaut „wesentliche Geschäftsvorfälle“. Sie möchte wissen, wer die Grenze zwischen wesentlich und unwesentlich bestimme. Herr Barteck erläutert, dass durch den Hauptausschuss ein Mustergesellschaftervertrag erstellt werde. Die Geschäftsordnung bestimme die Wertgrenzen. Auch gebe es eine Informationspflicht der Geschäftsführung über wichtige Angelegenheiten. Hierüber werde auch hier im Werkausschuss berichtet. Diese Regelungen werden im Gesellschaftsvertrag durch den Gesellschafter getroffen. Er entscheidet, ob es ausreichend sei oder nicht. Herr Wiese ergänzt, dass diese Thematik unter Punkt 9 festgelegt sei. Herr Dr. Verwey verweist auf S. 6 des Berichtes, wo alle Dinge, die als zustimmungspflichtig gelten, aufgeführt seien. Die Vorschläge der Hansestadt Lübeck in Sachen EZL werden durch den Werkausschuss kontrolliert. Da die EZL keinen Aufsichtsrat besitze, übernehme der Werkausschuss diese Stellung im übertragenen Sinne.

In diesem Zusammenhang verweist der Vorsitzende auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung, um zukünftig solche Themen zu diskutieren.

Herr Freitag findet das Verhältnis von Anlagevermögen zu den Abschreibungen zu hoch. Herr Rehberg erläutert die Struktur des Anlagevermögens. Vieles sei gemietet, wie Sortieranlage und Gebäude, diese würden der EBL gehören. Das Vermögen der EZL stecke hauptsächlich in den beweglichen Anlagegütern (LKW, Radlader), deshalb auch die kurzen Abschreibungszeiten.

Herr Freitag fragt nach einer kompletten Anlageliste und die Entwicklung des Anlagevermögens. Herr Rehberg sagt diese als Anlage an das nichtöffentliche Protokoll zu. (s. **Anlage 2 – nichtöffentlicher Teil!**)

Herr Dr. Verwey schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter 1 dahingehend zu ändern, das Datum der Ausschüttung an die Gesellschafterin „01.07.2016“ durch „01.08.2016“ zu ersetzen.

Beschluss:

Der Werkausschuss empfiehlt,

1. Den Lagebericht 2015 der Geschäftsführung entgegenzunehmen. Der Jahresabschluss der EZL GmbH zum 31.12.2015 mit einer Bilanzsumme von 1.246.798,26 EURO und einem Jahresüberschuss in Höhe von 130.573,00 EURO festzustellen (Anlage 1). Aus dem Jahresüberschuss einen Betrag in Höhe von 50 % = 65.286,50 EURO zum 01.07.2016 an die Gesellschafterin auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.
2. Dem Geschäftsführer ,Herrn Manfred Rehberg, für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.
3. Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Lübeck mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 zu beauftragen.
4. Den Gesellschaftsvertrag der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH (EZL) gemäß Anlage 2 neu zu fassen.
5. Eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung der EZL gemäß Anlage 3 zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit der von Herrn Dr. Verwey vorgeschlagenen Änderung entsprechend der Vorlage.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

Keine.

zu 7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

Keine.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8.1 SPD: Änderung der der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: VO/2016/03751

Vertagt – siehe TOP 2.

Beschluss:

In der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung wird für folgende Straßen die Reinigungshäufigkeit auf 6 x wöchentliche Reinigung aller Straßenteile reduziert und dafür eine neue Reinigungsklasse eingeführt:

- Dr.-Julius-Leber-Straße (von Breite Straße bis Königstraße)
- Fleischauerstraße (von Breite Straße bis Königstraße)
- Huxstraße (von Breite Straße bis Königstraße)
- Marienkirchhof
- Pfaffenstraße.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

zu 8.2 Antrag Ausschussmitglied Silke Mählenhoff: Antrag zu TOP 8.1. VO/2016/03751 SPD: Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung - Antrag Straßenreinigungsgebühren und Straßenreinigungssatzung Transparenz über Einstufung und Änderungen von Eingruppierungen Vorlage: VO/2016/03860

Vertagt – siehe TOP 2.

Beschluss:

Es ist auf dem Luebeck-Server eine Seite einzurichten, welche Bürgern (noch in 2016)

1. die Einsichtnahme in die aktuelle Eingruppierung von Straßen (Straßenverzeichnis der Reinigungsklassen) ermöglicht,
2. die Eingabe von Umgruppierungs-Ersuchen ermöglicht,
3. anstehende/beabsichtigte Umgruppierungen von Straßen anzeigt,
4. alle wesentlichen Informationen zur Satzung, Kalkulation, Matrix, Zuordnungskriterien, etc. enthält.

(Auf den Webseiten der EBL ist bisher nur Punkt 1 vorhanden.)

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage von Herrn Zahn - Neonröhren in der Brandenbaumer Landstraße

Herr Dr. Verwey erklärt, dass nach mehreren Vertagungen dieser Anfrage nunmehr Herrn Zahn die Antwort außerhalb der Sitzung persönlich gegeben werde. Der Vorsitzende ist einverstanden.

zu 9.2 AM Klaus Lange: EBL Müllfahrzeuge Vorlage: VO/2016/03965

Herr Rehberg erklärt, dass es An der Stadtfreiheit/Geesthachter Straße tatsächlich sehr eng sei und oftmals auch falsch geparkt werde. Deshalb gebe es Abfuhrprobleme.

Frau Mählenhoff bezieht sich auf das Viertel Falkenwiese. Hier habe es früher auch das Problem gegeben, welches jedoch inzwischen durch Ordnungsmaßnahmen geregelt worden sei. Herr Machinia bestätigt dies.

Beschluss:

Ich bitte um Auskunft, ob bei der EBL Erfahrungen vorliegen, dass bei der Befahrung des Quartiers „An der Stadtfreiheit/Geesthachter Strasse“ Müllfahrzeuge durch geparkte Fahrzeugen behindert werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss nimmt die Anfrage sowie die Antwort zur Kenntnis.

zu 9.3 Anfrage von Herrn Büttner zum Personalentwicklungskonzept

Herr Büttner fragt nach dem Personalentwicklungskonzept, wann mit diesem Konzept zu rechnen sei. Herr Dr. Verwey erklärt, dass die EBL bereits ein Personalentwicklungskonzept erstellt und auch dem Werkausschuss vorgestellt habe. Er verweist auf eine hohe Bedeutung sowie nochmals auf den Stellenplan der EBL, der jährlich dem Werkausschuss vorgestellt werde.

zu 9.4 Anfrage von Herrn Rohlf zur Darstellung der Radwege auf der Karte

Herr Rohlf bezieht sich auf verschiedene Straßen und Radwege im Stadtgebiet Lübeck, die nur teilweise auf der Karte im Internet eingezeichnet seien und fragt nach dem Grund. Herr Martsch erklärt den Hauptgrund. Begründet durch eine Systemumstellung sei diese Darstellung im Augenblick lückenhaft. Rechtzeitig zum kommenden Winterbeginn werde dies behoben sein.

zu 9.5 Herr Wilcken zu den WA-Sitzungen

Herr Wilcken weist auf die anstehende Sommerpause für die WA-Sitzungen hin und auf die nächste turnusmäßige Sitzung am 08.09.2016. Weiterhin erklärt er, dass im September eine Vorlage zur Baumaßnahme an der Untertrave fertiggestellt werde, die dann schnellstmöglich dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden müsse. Deshalb schlägt Herr Wilcken vor, die Oktobersitzung ggf. um eine Woche vorzuziehen auf den 06.10.2016. Herr Dr. Verwey ergänzt, dass in der Septembersitzung der verbindliche Termin für Oktober genannt werde.

Der Vorsitzende erklärt nach Prüfung der Tagesordnung, dass im nichtöffentlichen Teil keine seniorenrelevanten Angelegenheiten anfallen. Der Vertreter des Seniorenbeirates verlässt die Sitzung.

Der Vorsitzende stellt um 18:08 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 2 Beschlüsse gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 18:18 Uhr.

Lübeck, den 21. September 2016



Henri Abler
Vorsitzender

Undine Wetter
Protokollführung